

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Straßen- und Verkehrsplanung
Bearbeitet von: Herr Hinkel

Siegen, 05.08.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Verkehrsausschuss 14.12.2021

Bauausschuss 09.02.2022

Kurzbezeichnung:

Anregung/Beschwerde gem. § 24 GO NW

**hier: Antrag auf Errichtung einer Lichtsignalanlage in Höhe Freigründer Straße
vom 08.06.2021**

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt, vorbehaltlich der Finanzierung, den Bau des Fußgängerüberweges Freigründer Straße auf Höhe Wiedthalstraße.

Sachverhalt / Begründung:

Die Anregung/Beschwerde der Anwohner der "Freigründer Straße" erfüllt die Voraussetzungen des § 24 GO NW.

Mit Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses des Rates der Universitätsstadt Siegen am 01.09.2021 ist die erneute Beratung an den Verkehrsausschuss und Bauausschuss verwiesen worden.

Die Petenten sind Anwohner der "Freigründer Straße" und regen an, an Stelle des beschlossenen Fußgängerüberwegs in Höhe des Hauses Freigründer Straße Nr. 129 die Querungshilfe als Lichtsignalanlage auszubilden.

1. Historie

Mit Beschluss des Verkehrsausschusses vom 15.05.2019 wurde die Verwaltung beauftragt in der Freiongänger Straße Höhe Einmündung Wiedthalstraße die Möglichkeit eines Fußgängerüberweges zu prüfen.

Grundlage der Anregung/Beschwerde gemäß § 24 GO NW ist die Verwaltungsvorlage 102/2020 „Fußgängerüberweg Freiongänger Straße – Wiedthalstraße“ und entsprechender Anlage 1 vom 26.11.2020.

In der Vorlage 102/2020 ist zusätzlich zu dem Prüfauftrag des Verkehrsausschusses auch die Möglichkeit der Einrichtung einer Lichtsignalanlage geprüft worden. Die Empfehlung der Verwaltung war die Einrichtung eines Fußgängerüberweg. Der Bau- und der Verkehrsausschuss haben entsprechend dem Beschlussvorschlag einstimmig für den Fußgängerüberweg entschieden.

2. Anregung/Beschwerde

Die Anwohner und Anwohnerinnen baten im Nachgang zur Beschlussfassung die Fachabteilung 4/1 um einen Ortstermin. Dieser ist am 31.05.2021 wahrgenommen worden und den Anliegern und Anliegerinnen ist die Planung erklärt und Fragen beantwortet worden. Die Anregung/Beschwerde gemäß § 24 GO NW mit entsprechender Begründung seitens der Anlieger und Anliegerinnen liegt der Vorlage als Anlage 1 bei.

3. Stellungnahme des Bürgermeisters

Im Folgenden wird Bezug genommen auf die eingebrachten Anmerkungen zum Fußgängerüberweg der Anlage 1:

Zu 1.: Gemäß Richtlinie für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen (R-FGÜ) sind Fußgängerüberwege auf Straßenabschnitten zulässig sofern maximal 50 km/h als Höchstgeschwindigkeit zugelassen sind. Dies ist in diesem Straßenabschnitt der Fall. Diese Höchstgeschwindigkeit ist gemäß R-FGÜ **hinreichend** einzuhalten. Durch den zusätzlichen Hinweis auf den FGÜ durch ein Blinklicht (siehe zu 2. und Beschlusslage), sowie den Hinweis auf verengte Fahrstreifen durch Zeichen 121 vor dem FGÜ, sieht die Fachabteilung unter Berücksichtigung unter anderem des § 1 der Straßenverkehrsordnung (StVO) die Einrichtung eines FGÜ in diesem Bereich als zulässig an. Durch diese Vorhinweise und die „Torwirkung“ des FGÜ mit ausreichenden Sichtverhältnissen bei Tempo 50 km/h wird, wie in der Vorlage beschrieben, eine Reduzierung der Geschwindigkeit erwartet.

Zu 2.: Die Sichtverhältnisse sind im Zuge der Planung geprüft worden. Die notwendigen Haltesichtweiten sind gegeben. Zusätzlich ist in beiden Ausschüssen die Beschlusslage erweitert worden, um zusätzlich frühzeitig auf den Fußgängerüberweg hinzuweisen. Das soll durch die zusätzliche Prüfung eines Blinklichtes vor der Kurve, von der Schranke kommend, erfolgen. Die Installation eines solchen Blinklichtes ist möglich.

Zu 3 bis 5.: Die im Schreiben angegebenen 9,0 m Breite ergeben sich aus der notwendigen Fahrbahnbreite für die Begegnungssituation Bus-LKW und der notwendigen Breite der Mittelinsel für den Fußverkehr und geben die Regelbreite an. Gleiches betrifft die Fahrbahnbrei-

te von 3,25m. In der Richtlinie für die Anlagen von Stadtstraßen (RASt 06) sind ebenso Breitenvorgaben für beengte Verhältnisse vorgegeben, die bei der Planung des FGÜ berücksichtigt wurden.

Zu 6.: Ob und wie sehr die Lärmbelastung durch das „Heranschieben“ des Verkehrs an die Bebauung negativen Einfluss hat kann nur durch ein Gutachten beurteilt werden.

Zu 7.: Die An- und Abfahrtssituationen zu den anliegenden Grundstückszufahrten sind im Zuge der Planung überprüft worden. Alle heutigen An- und Abfahrtssituationen sind auch mit Mittelinsel möglich.

Auf die Anmerkungen zu der Lichtsignalanlage (LSA) wird im Detail nicht eingegangen, da weiterhin, wie in der Vorlage 102/2020 beschreiben, die Ausführung der Querungsmöglichkeit in Form einer LSA auch möglich ist.

Die Verwaltung befürwortet weiterhin den Fußgängerüberweg als Vorzugsvariante und schlägt zur erneuten Beratung die Übertragung in den Bauausschuss und Verkehrsausschuss vor.

Finanzielle Auswirkungen ja nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer ist erfolgt.
34.580,00 Euro		30 %	70 %	ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

im Finanzplan	im Ergebnisplan	Nein	Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
				Sachkonto

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
Nein Ja, positiv Ja, negativ Prüfbedarf	erhebliche Reduktion geringe Reduktion geringe Erhöhung erhebliche Erhöhung	Ja Nein Unbekannt	Nein Ja
Erläuterung Klimarelevanz			

Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)
--

i.A.

gez.

Anke Schreiber
Abteilungsleiterin 4/1

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Anlage 1 Antrag Frau Keßler](#)
2. [Anlage 2 VL 102-2020](#)
3. [Anlage 3 Beschlussfassung](#)